



taz.die tageszeitung vom 13.12.2021, Seite 25 / Nord Aktuell

Niedersachsen lässt sich gern verklagen

Die Deutsche Umwelthilfe und Fridays for Future halten das niedersächsische Klimaschutzgesetz für ungenügend - und verklagen das Land. Der Umweltminister zeigt sich darauf motiviert und lernfähig - allerdings nicht dort, wo es wehtut
Von **Lotta Drügemöller**

Der Ehrgeiz ist da, zumindest in Worten: "Niedersachsen soll Klimaschutzland Nr. 1 werden", heißt es auf der Homepage des Landesministeriums für Umwelt. Doch aller Ambitionen zum Trotz hat das Land nun eine Klage von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und Fridays for Future am Hals: Das niedersächsische Klimaschutzgesetz, so der Tenor der Klage, ist nicht ausreichend, um das Pariser Klimaziel von 1,5 Grad zu erreichen.

Tatsächlich ist im Gesetz vom Dezember 2020 von "Nr. 1" nicht viel zu spüren. Zwar hat Niedersachsen sich bei der Verabschiedung den Klimaschutz gleich auch noch in die Landesverfassung geschrieben, doch als übergeordnetes Ziel ist im Gesetz noch Klimaneutralität bis 2050 verankert. Die Ziele der Bundesregierung, Klimaneutralität bis 2045 herzustellen, und so gerade noch die Anforderungen aus dem Paris-Abkommen zu erfüllen, werden damit nicht erreicht.

"Wie will Niedersachsen 2050 rechtfertigen?", fragt DUH-Anwalt Remo Klinger, "will das Land aus der Bundesrepublik aussteigen? Ansonsten müsste es nämlich Bundestreue beweisen und mitziehen." Tatsächlich kann der Bund allein seine Klimaziele nicht erreichen, die Aufstellung neuer Windkraftanlagen, Solarkraft auf den Dächern, der Bau neuer Radwege, emissionsarme Neubauten, all diese Bausteine müssen auch auf Landesebene und in den Kommunen entschieden und umgesetzt werden.

Klagen in mehreren Ländern

Auch das neue, ehrgeizigere Bundesgesetz hatten die Deutsche Umwelthilfe und junge Umweltaktivist*innen erst vor Gericht erstreiten müssen. Nach ihrer Klage hatte das [Bundesverfassungsgericht Ende April entschieden](#), dass die Bundesregierung ihre Anstrengungen zum Klimaschutz beschleunigen müsse, damit nicht alle Lasten an den nachfolgenden Generationen kleben blieben. Niedersachsen ist nicht das einzige Land, das nun eine Folgeklage erwartet. Nach Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Sachsen sind aktuell Niedersachsen und Baden-Württemberg an der Reihe. Klageführer*innen sind als Betroffene der unzureichenden Maßnahmen fünf junge Menschen aus ganz Niedersachsen. Eine von ihnen ist Emily Karius aus der Region Verden, die sich seit Anfang 2019 bei Fridays for Future engagiert. "Jetzt muss an allen wichtigen Schrauben gedreht werden", fordert sie. "Es reicht nicht, sich einzelne Sektoren rauszupicken." Denn gehandelt werden muss nach einer Rechnung der Deutschen Umwelthilfe schnell und radikal: Heruntergerechnet auf die Bevölkerung dürfte Niedersachsen [vom nationalen Restbudget an CO₂](#) nur noch einen

Anteil von etwa 403 Millionen Tonnen ausstoßen. Und wenn alles weiter läuft wie bisher, wird das Land dieses Budget schon in den nächsten sechs Jahren verbraucht haben.

Umweltministerium auf Kuschelkurs

Das mögliche Aufregerpotenzial, das in der Klage steckt, versucht das Umweltministerium politisch klug verpuffen zu lassen. Minister Olaf Lies (SPD) zeigt sich über den Angriff vor allem dankbar und sucht den Konsens mit den Kläger*innen: "Diese Verfassungsbeschwerde bestärkt uns noch einmal in unserem Streben, noch in dieser Legislatur unser niedersächsisches Klimagesetz zu novellieren", so der Umweltminister, "wir werden in allen Bereichen einen noch konsequenteren Weg gehen." Im neuen Klimagesetz, das bis Sommer erarbeitet und beschlossen werden soll, sollen die Reduktionsziele auf 65 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis 2045 erhöht werden. Und vor allem verspricht das Ministerium, Zwischenschritte einzubauen, damit frühzeitig erkannt wird, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Das ist eine wesentliche Forderung der Deutschen Umwelthilfe. Konkret ist von einer Photovoltaikpflicht auf allen Neubauten die Rede sowie von einem besseren ÖPNV-Angebot. Und im Landesraumordnungsprogramm, so ein Sprecher des Ministeriums, könnte der strikte Vorrang landwirtschaftlicher Flächen weichen: Auf einem mittelguten Ackerboden könne dann in Zukunft statt eines Maisfeldes auch ein [Solarprojekt](#) genehmigt werden. DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner findet erst einmal Lob für diese Ansätze. "Ist doch prima", sagt er. "Die Reaktion auf unsere Klage ist konstruktiv. Gar kein Vergleich mit der pampigen [Umweltministerin von Baden-Württemberg](#), die gesagt hat, sie wisse gar nicht, was die DUH von ihr will." Doch nicht alle sehen das neu aufgeflamte Engagement der Landesregierung so positiv. Das bereitwillige Eingeständnis aus Niedersachsen überzeugt Anwalt Klinger vor allem aus einem Grund nicht: Es komme zu langsam. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Bundesgesetz schon im April für grundgesetzwidrig erklärt und die Bundesregierung zum schnellen Handeln gezwungen: Im August stand das neue Klimaschutzgesetz des Bundes. "Da kann es doch nicht sein, dass Niedersachsen mehr als ein Jahr später so weit sein will", findet Klinger. "Das Bundesland ist vom Urteil auch betroffen." Die Grünen aus der Landtagsfraktion in Niedersachsen schlagen in eine ähnliche Kerbe: Selbst die unzureichenden Ziele aus dem bisherigen Klimagesetz habe die Landesregierung nicht verfolgt: Auch ein Jahr nach der Verabschiedung, so bemängeln sie, gebe es weder die versprochene Klimaschutzstrategie noch Pläne zur Klimafolgenanpassung oder für eine klimaneutrale Landesverwaltung. Die Aktivist*innen wollen ihre Klage jedenfalls trotz der Versprechen der Landesregierung aufrecht erhalten. Interessant seien eben auch die Maßnahmen, die in den Vorschlägen des Ministeriums bisher nicht zu finden sind: der Ausstieg aus Erdgas und Erdöl

zum Beispiel. Der Sprecher der Umweltbehörde spricht hier von einer "Übergangstechnologie", vermeidet aber Aussagen zu einem Ausstieg. "Niedersachsen prahlt gerne damit, dass sie bei allem möglichen Nummer eins sind", sagt Aktivistin Karius, "aber sie sind es halt vor allem bei der Erdgasförderung." 94 Prozent des deutschen Erdgases kommen aus Niedersachsen.



*Stellenweise sieht es in Niedersachsen schon ganz gut aus. Gleichzeitig produziert das Land aber enorm viel Erdgas Ingo Wagner/dpa
Lotta Drügemöller*

Quelle: taz.die tageszeitung vom 13.12.2021, Seite 25

Dokumentnummer: T20211312.5818916

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/TAZ_b3d2a06ca465fe61395863655868fcc69109bc5e

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.